



Freie Meinungsäusserung in Gefahr: Facebook zensuriert Kritiker der «Ehe für alle»

Abstimmungskomitee Ehe für Alle

«UNZÄHLIGE MALE HAT
FACEBOOK BEREITS
MANGELHAFTES DEMO-
KRATIEVERSTÄNDNIS
BEWIESEN UND SICH
ANGEMASST ZU ENT-
SCHEIDEN, WELCHE
MEINUNGSÄUSSERUNGEN
GENEHM ODER NICHT
WILLKOMMEN SIND.»

Nun hat die reichweitenstärkste Social Media-Plattform der Schweiz erneut zugeschlagen: Am 23. Juli löschte Facebook eine Grafik des Komitees «Nein zur Ehe für alle».

Konkret handelte es sich um ein Sujet mit dem Text «Ich habe keine Mama!», das zudem die

Frage beinhaltetete: «Egoistische Homo-Adoptionen vor Kindeswohl?» Nach bloss zwei Stunden wurde das Sujet mit der Begründung gelöscht, es verstosse gegen die Facebook-Standards zu «Hassrede». Welch eine willkürliche, völlig aus der Luft gegriffene Anschuldigung! Es drängt sich die Frage auf, ob sich Facebook als Propaganda-Tool der LGBT- und Gender-Lobby versteht. Erfüllt bereits das Kriterium, diskriminierend zu sein, wer sich auf Facebook kritisch zur «Ehe für alle» äussert?

Seit wann wird eine kritische Frage respektive Meinungsäusserung abwertend als Hass deklariert? Solche willkürlichen und vorgeschobenen Pseudo-Anklagen kennt man eigentlich nur aus diktatorisch geführten Staaten, wo Andersdenkende überwacht, kontrolliert und eliminiert werden. Wer sich dort der verordneten Gehirnwäsche entziehen will, gilt bereits als Staatsfeind und wird entsprechend verfolgt. Offensichtlich sieht sich Facebook dazu bemächtigt, über «die richtige Gesinnung» zu richten – mit dem traurigen Effekt, dass die freie Debatte abgewürgt und unliebsame, in der Bevölkerung



aber weit verbreitete Meinungen unterdrückt werden.

Erstens: Diese Kultur der Unterdrückung ist in der Schweiz nicht erwünscht. Zweitens pflegen wir in der Schweiz schon seit der Gründung unseres Landes eine konstruktive Diversität, so auch in der Meinungsverschiedenheit. Das sollte der US-Konzern Facebook nicht nur zur Kenntnis, sondern als Massstab nehmen, damit «Social Media» überhaupt im Wesen sozial sein kann. Ansonsten wirkt die Selbstbezeichnung gleich zynisch wie die Beschriftung über dem berüchtigten Eingangstor «Arbeit macht frei». Es ist nicht die Aufgabe eines Sozialen Netz-

werks, darüber zu richten, welche Meinungen erlaubt oder verboten sind. Solche Meinungs-diktaturen sind dem Kulturverständnis in unserem Land fremd und sollen dies auch bleiben, da sie grundsätzlich dem Leben gegenüber feindselig gesinnt sind. Wichtig ist daher die Pflege der Werte, die uns stark gemacht haben. Dazu gehört vor allem die bedrohte Meinungs-äusserungsfreiheit, welche uns durch die Verfassung zugesichert ist. Wer diese seinem Gegenüber nicht gewährt, wünscht sich eine Regierungsform, bei der das Subjekt zum Objekt degradiert und dadurch entmenschlicht wird. Es ist diese Entmenschlichung, die vielmehr das Kriterium des Hasses erfüllt. •

Bericht aus dem Grossen Rat



Rolf Haller, Grossrat

Nach einem eher gemächlichen Start in die neue Amtsperiode hat die Geschäftslast deutlich zugenommen. Der Grosse Rat tagte, leider immer noch in der Umweltarena in Spreitenbach, an bisher 13 Sitzungen, wobei alleine deren sechs im Juni stattgefunden haben. Hinzu kamen für mich noch vier Kommissionssitzungen, welche ich als Präsident vorzubereiten und zu leiten hatte. Der Monat Juni war somit mit Arbeit ziemlich vollgepackt und ich war froh, dass die Sommerpause eine gewisse Entlastung brachte.

Die Ferienzeit war aber längst nicht so ruhig, wie sie es in anderen Jahren war. Am Obergericht sind innerhalb der kommenden 12 Monate insgesamt vier Oberrichter zu ersetzen. Es galt also, die Stelleninserate vorzubereiten, anschliessend die vielen Bewerbungen zu sichten und zu entscheiden, wer für ein Vorstellungsgespräch eingeladen wird. Die Auswahl und Ausarbeitung der Wahlvorschläge zu Händen des Grossen Rates werden mich zusammen mit der Subkommission Richterwahlen im Herbst noch einige Sitzungen lang beschäftigen. Es ist und bleibt spannend.

Die wichtigsten Geschäfte im Grossen Rat: Anpassung des Richtplans Regionales Gesamtverkehrskonzept Ostargau (OASE) wurde mit 84 zu 46 Stimmen gutgeheissen. Die EDU stimmte dem Vorhaben zu.

Vorstoss zur flächendeckenden Einführung einer Schulsozialarbeit im Aargau wurde mit

64 zu 66 Stimmen abgelehnt. Schulsozialarbeit soll dort angesiedelt werden, wo sie notwendig ist. Eine flächendeckende Einführung ohne Bedarf ist nicht zielführend und kostenintensiv und wurde von der EDU deshalb abgelehnt.

Revision der Strassengesetzgebung (Strassengesetz) wurde in 2. Beratung mit 134 zu 0 Stimmen angenommen. Einer klaren Aufteilung der Aufgaben und einheitlichen prozentualen Beteiligung der Gemeinden bei Strassenbauprojekten stimmte die EDU auch in 2. Beratung zu. Die von linken Parteien und Gruppierungen eingereichte Volksinitiative «Klimaschutz braucht Initiative!» wollte der Regierungsrat, wie auch die EDU, dem Volk an der Urne ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung empfehlen. Leider entschied das Parlament mit 72 zu 66 Stimmen anders, womit ein Gegenvorschlag ausgearbeitet werden muss.

Die 1. Beratung des Steuergesetzes brachte mit 91 Ja gegen 41 Nein erfreulich hohe Zustimmung.

In dieser Vorlage geht es im Wesentlichen um höhere Pauschalabzüge für Versicherungen bei den natürlichen Personen und einen Maximalsatz der Firmensteuern. Wir sind zuversichtlich, dieses Geschäft auch durch die zweite Beratung zu bringen. Die Ratslinke wird dann aber mit Sicherheit das Behördenreferendum ergreifen und es wird zur Volksabstimmung kommen. •



Aktuelles aus den Regionen

Bezirk Kulm: Erfreulicher Mitgliederaufmarsch!

Rolf Haller, Grossrat

Die diesjährige Mitgliederversammlung der EDU Kulm fand im Restaurant Bären in Zetzwil statt. Der Vorstand konnte sich über eine ansehnliche Besucherzahl von 19 Personen freuen, welche sich diesen Abend für die EDU reservierten.

Sämtliche Traktanden wurden von den Mitgliedern einstimmig gutgeheissen und der statutarische Teil war somit wie immer relativ rasch erledigt. Die anstehenden Wahlen des Bezirksvorstandes und des Revisors für die nächsten 2 Jahre waren ebenfalls unbestritten. Somit ist die Kontinuität der stärksten EDU Bezirkspartei im Kanton Aargau weiterhin gewährleistet. Die EDU Kulm ist dankbar für die Unterstützung und den Rückhalt in der Bevölkerung und setzt sich auch weiterhin für das Wohl unserer Region ein.

Aufgrund der anhaltenden Einschränkungen und der unsicheren Lage rund um das Thema Corona verzichtete die EDU auf einen externen Redner für den öffentlichen Vortrag. Stattdessen berichtete Bezirksparteipräsident und Grossrat Rolf Haller aus seinem politischen Alltag als Grossrat und als Kommissionspräsident der Kommission für Justiz. Die Anwesenden bekamen dabei Einblicke aus erster Hand von der Arbeit eines Grossrats und konnten sich auch von der enormen Vielseitigkeit dieses interessanten Amtes überzeugen.

Dass ein EDU-Grossrat ein Kommissionspräsidium inne hat, zeigt, dass seriöse Arbeit und grosser Einsatz über die Parteigrenzen hinaus Beachtung findet.

Nach der rege genutzten Fragerunde im Anschluss an den Vortrag wurde der gelungene Abend mit einem feinen Nachtessen abgeschlossen. •

Ausführungen zu den Vorlagen vom 26. September 2021



Martin Bossert, Grossrat

Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern

Am 26. September 2021 kommt unter dem Titel «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» eine Initiative der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten zur Abstimmung. Damit sollen Kapitaleinkommen massiv höher besteuert werden. Am stärksten würde die Annahmen dieser Vorlage die zahlreichen Familienunternehmen und KMU treffen. Damit müssten die Unternehmerinnen und Unternehmer zur Begleichung der Steuerrechnungen ihre Betriebskasse fortlaufend entleeren. Investitionen in die Zukunft würden damit massiv erschwert, wenn nicht sogar verunmöglicht.

«DIESE VORLAGE IST, ENTGEGEN DEN BEHAUPTUNGEN DER INITIANTEN, EINE RADIKALE ATTACKE AUF DIE BREITE MITTELSCHICHT, AUF FAMILIENUNTERNEHMEN UND AUF KMU.»

Damit werden Einkommen besteuert, die es nicht gibt. Weiter führt sie zu unnötiger zusätzlicher Umverteilung. Die EDU ist sich bewusst, dass die Aufgaben des Staates durch Steuern finanziert werden. Bereits heute werden jedoch kapitalstärkere Personen und Unternehmen



stärker besteuert als kapitalschwächere. Die EDU ist der Ansicht, dass Arbeit sich lohnen soll und ist gegen bürokratische Umverteilung. Die EDU hat am 14. August 2021 an ihrer Delegiertenversammlung die «Nein»- Parole zu dieser Vorlage gefasst.

Nein zur «Ehe für alle»

Als Schweizerinnen und Schweizer dürfen wir regelmässig über Gesetzesvorlagen abstimmen. Manchmal sind sie spannender, manchmal weniger spannend. Manchmal sind sie aus biblischer Sicht weniger brisant, manchmal mehr. Am 26. September 2021 dürfen wir über eine aus biblischer Sicht eher brisante Vorlage abstimmen. National- und Ständerat haben in der Wintersession 2020 mehrere Änderungen des Zivilgesetzbuches beschlossen. Damit soll die Ehe für «alle» ermöglicht werden und die Möglichkeiten der Samenspende signifikant ausgeweitet werden. Das Recht, seine beiden biologischen Eltern zu kennen und von ihnen betreut zu werden, soll den Kindern bis zum 18. Lebensjahr grundsätzlich verwehrt bleiben. Dagegen hat ein überparteiliches Komitee mit Parlamentariern aus CVP/Die Mitte, EDU,

EVP und SVP das Referendum ergriffen, welches - Gott sei Dank - zu Stande gekommen ist. Somit können wir im September über diese Vorlage abstimmen.

Da nur die Verbindung von Mann und Frau aus sich heraus die Fähigkeit zur Weitergabe des Lebens hat, ist sie aus Sicht der EDU als zentraler Eckpfeiler von Gesellschaft und Staat zu schützen. Die «Ehe für alle», inklusive Samenspende für lesbische Paare, führt zu gesetzlich vorgesehener Vaterlosigkeit und Identitätsproblemen für die betroffenen Kinder. Ehe und Familie sind eng miteinander verknüpft, da Kinder auf natürliche Weise nur aus einer Verbindung von Mann und Frau entstehen. Die EDU bittet Sie sich in ihrem Bekanntenkreis gegen diese Vorlage einzusetzen und ein «Nein» einzulegen. •

Agenda

Die EDU Aargau lädt ein

EDU Zofingen: Besuch Salatgarten und Mitgliederversammlung

Donnerstag, 2. September 2021
19.00 Uhr Besuch Salatgarten
Wiggertalerstr. 35, Oftringen
20.30 Uhr MV statutarischer Teil
(Für Mitglieder und Interessierte)
Restaurant Rathaus, Zofingen

EDU Kulm: Bezirksanlass

Samstag, 11. September 2021
(Weitere Infos folgen)

EDU Baden: Mitgliederversammlung

Dienstag, 21. September 2021
18.30 Uhr MV
Anschliessend gemütliches
Beisammensein mit bräteln
Lättenstrasse 8, Würenlos

Schweizerische Eidgenossenschaft:

Abstimmungssonntag
Sonntag, 26. September 2021

Wort des Präsidenten

Roland Haldimann, Präsident EDU Aargau

Geschätzte Leserinnen und Leser

Der Sommer hat dieses Jahr lange auf sich warten lassen. Stattdessen haben diverse Überschwemmungen grosse Schäden verursacht. Zum guten Glück haben wir in der Schweiz «nur» Sachschäden zu beklagen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass wir in einem Land leben dürfen, welches intakt ist und wo die Verantwortlichen immer wieder die Lehren aus vergangenen Situationen gezogen haben. Auch wenn viele Leute Liebgewonnenes verloren haben, wird doch mindestens der materielle Schaden durch die Versicherung abgedeckt. Was bleibt, ist der emotionale Wert, dieser Verlust kann durch keinen Betrag ersetzt werden.

Oft ist uns gar nicht bewusst, in welchem schönem und gut organisierten Land wir leben dürfen und wir sehen häufig nur das Negative.



Gerade in Notsituationen dürfen wir uns aber sicher fühlen und uns darauf verlassen, dass alles unternommen wird und unsere diversen Rettungseinheiten helfen. Sind wir uns dies bewusst und auch dankbar darüber? Denken wir an die unzähligen Personen, welche ihre Zeit und ihr Wissen in den Dienst der Öffentlichkeit stellen? Unser Auftrag ist für die Verantwortlichen zu beten und um Weisheit für sie zu bitten, damit sie die richtigen Entscheidungen treffen für uns. Schliessen wir diese Leute in unsere Gebete ein. •

EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union

Impressum

REDAKTION EDU Aargau

5000 Aarau
sekretariat-aargau@edu-schweiz.ch

ANZEIGENVERKAUF

(OHNE MARKTPLATZ)
031 818 01 42
inserate@edu-schweiz.ch
Postcheck 30-23430-4
IBAN CH 35 0900 0000 3002 3430 4
edu-schweiz.ch

REDAKTION

Rolf Haller, Martin Bossert,
Martin Lerch, Roland Haldimann,
Rahel Beyli

FOTOS

S. 1: pixabay.com/bildmontage